

Ressort: Finanzen

Wirtschaftsforscher warnt vor AfD-nahen Betriebsräten

Berlin, 07.03.2018, 12:46 Uhr

GDN - Nachdem die rechte Gruppe "Zentrum Automobil" bei der Betriebsratswahl in mehreren Mercedes-Werken ihren Einfluss ausbauen konnte, warnt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vor den Folgen dieser Entwicklung. "Der Standort Deutschland könnte für ausländische Investoren an Attraktivität verlieren, wenn der Eindruck entstünde, mit den Betriebsräten etabliert sich eine neurechte Bewegung in der Wirtschaft", sagte Alexander Kritikos, Forschungsdirektor am DIW, dem "Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe).

"Die aktuelle Entwicklung sollte man daher sehr genau beobachten. Werden rechte Arbeitnehmervertreter moderate Positionen einschlagen oder werden schrille Töne dominieren?" Als Erklärung für das Erstarken rechter Betriebsräte vermutet Kritikos, dass es scheinbar einen Bedarf für eine Alternative zu den etablierten Arbeitnehmervertretungen gebe. "Manchen scheint das Konfrontative zu fehlen, vor allem denjenigen, die glauben, dass ihre Jobs in Zukunft gefährdet sein könnten", sagte der DIW-Experte. Dahinter stecke unter Umständen die Angst vor den möglichen Folgen der Digitalisierung für die Wirtschaft. "Viele Betroffene haben wohl auch das Gefühl, ihre Gewerkschaften beziehungsweise ihre Betriebsräte würden sie nicht mehr richtig vertreten, etwa weil nicht ausreichend präventive Strategien angeboten werden." In diese Lücke stießen dann neue Gruppierungen wie das "Zentrum Automobil". Als problematisch stuft Kritikos die Nähe dieser Gruppierung zur AfD ein. Damit bekommt die Entwicklung eine "strukturelle Dimension". Man versuche, alle gesellschaftlich relevanten Bereiche zu besetzen – "mit dem Ziel irgendwann Mehrheiten zu gewinnen – in der Politik und in der Wirtschaft". Er würde es aber "nicht Unterwanderung nennen, eher einen neuen Marsch durch die Institutionen", fügte der DIW-Experte hinzu. "Die Rechte positioniert sich auf verschiedenen gesellschaftlichen Feldern." Kritisch sieht Kritikos vor diesem Hintergrund, dass die Volksparteien CDU und SPD offenbar keine Antworten auf die Entwicklung haben. "Aus der derzeitigen Selbstbeschäftigung der großen Parteien kann eine gefährliche Mischung entstehen", sagte er. "Denn eigentlich sollten alle etablierten Parteien nach dem Wahlerfolg der AfD die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nehmen und ein entsprechendes Politikangebot machen", so der Ökonom. "Auch die Arbeiterschaft dürfte in dieser Hinsicht auf ein klares Signal warten."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-103015/wirtschaftsforscher-warnt-vor-afd-nahen-betriebsraeten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com
www.gna24.com